

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeigen- und Verlagsstellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Druck- und Anschlag Nr. 22.

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeigen- und Verlagsstellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Druck- und Anschlag Nr. 22.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 22

Dienstag, den 27. Januar 1925

20. Jahrgang.

Die Zwischennote der Allierten.

Frühestens Dienstag Ueberreichung der Note der Allierten.

Paris, 25. Jan. Es ist höchstwahrscheinlich, daß die nächste Note der Botschafterkonferenz, die eine Antwort auf die letzte Note Stresemanns in der Abrüstungsfrage darstellen wird, am Dienstag dem deutschen Botschafter in Paris übergeben wird. Unbedingt fest steht aber dieser Tag noch nicht, wenn er auch als sehr wahrscheinlich angesehen werden kann. Die Allierten werden in der Note die Auffassung des Reichsaussenministers wegen des § 429 des Versailler Vertrages ablehnen und erklären, daß eine Verpflichtung zur Räumung der Röhler Zone nach 5 Jahren nicht bestand, sondern daß diese Periode von fünf Jahren nur eine Vergünstigung für Deutschland unter der Voraussetzung gewesen wäre, daß dieses seine Abrüstungsverpflichtungen vollständig erfüllt hätte. Weiter wird in der Note nichts erhalten sein. Es wird erst der Schlußbericht der Interalliierten Militärkontrollkommission abgewartet werden, der aber erst Ende nächsten Monats eintreffen wird.

Es wird sich dabei um ein sehr umfangreiches Dokument handeln, worin alle angebliehen Verfehlungen Deutschlands aufgezählt sein sollen.

Berlin, 26. Jan. Das „Berliner Tageblatt“ hatte aus Washington gemeldet, der Berliner Vertreter ausländischer Zeitungen Robert Dell habe Mitteilungen über die Vorgeschichte der Räumung der Röhler Zone gemacht, wonach die englische Regierung die Absicht gehabt habe, Frankreich vorzuschlagen, am 10. Mai gleichzeitig die Röhler Zone und das gesamte Ruhrgebiet zu räumen. Dr. Stresemann habe aber dieses Kompromiß abgelehnt und überhaupt vor den Neuwahlen Verhandlungen über gegenseitige Zugeständnisse nicht führen wollen. Hierzu bemerkt die „Zeit“, an der Angelegenheit des Herrn Dell sei tatsächlich nur das eine richtig, daß eine private Konversation über einen derartigen Kompromißvorschlag geführt worden sei, und daß Dr. Stresemann den Vorschlag nicht abgelehnt, sondern daß er keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß er seinen ganzen Einfluß einsetze werde, um den Vorschlag, falls er offiziell gemacht werden sollte, zur Annahme zu bringen.

Demokratische Mittelstandspolitik im neuen Reichstage.

Wenn man in Handwerkerkreisen herumhört, so findet man nicht allzu freundliche Worte für die Politik der Deutschen Demokratischen Partei, denn dort haben sich die Rechtsparteien nicht ohne Erfolg bemüht, durch Erregung von Stimmungen nationaler und handwerklicher Art den Boden für eine günstige Aufnahme ihrer eigenen, dem heutigen Staate negierend entgegenarbeitenden Politik zu bereiten. Das alles hindert aber die Deutsche Demokratische Partei nicht, überall dort, wo es nützt, für die Interessen des Handwerks einzutreten. Denn für eine grundsätzlich liberale Partei — man möchte nach den Erfahrungen der letzten Zeit sagen: die allein bemüht liberale Partei Deutschlands — gehört die Anerkennung der sozialausgleichenden Bedeutung eines selbständigen Mittelstandes sowie derjenigen individualistischen Wirtschaftsformen, deren Herrschaft allein das Bedeuten des Handwerkerstandes, des Kleinhandels und aller derjenigen Erwerbsgruppen, die den Mittelstand bilden, verbürgt, zu den klarsten und notwendigsten unmittelbaren Folgerungen aus ihrer sozial-liberalen Grundeinstellung. Denn weil sie eine liberale Partei ist und zwar nicht aus einem Dogma heraus, sondern auf Grund der sachlichen Ueberzeugung, daß bessere Wege noch nicht gefunden worden sind, kämpft die Deutsche Demokratische Partei für die freie Wirtschaft.

Man mag zu den unter dem Eindruck der Kriegsnöwendigkeit geschaffenen Zwangsmaßnahmen stehen wie man will. Die Voraussetzungen, für die sie geschaffen waren, bestehen nicht mehr und dementsprechend müssen auch die letzten Reste der Kriegswirtschaft fallen. Deshalb fordert ein demokratischer Antrag die Aufhebung der Verordnungen über Preisfrieren, Preisstreifen, Preisprüfungsstellen, über den Verkehr mit Fleisch, Fett und über Notstandsversorgung. Es handelt sich um wesentlichen um die Aufhebung der Verordnung zur Ausführung des Artikels 8 Abs. 3 des Reichsgesetzes vom 2. Februar 1923. Diese Verordnung, die am 1. Juli 1923 erlassen wurde, hatte schon die 23 Verordnungen zur Zwangswirtschaft, die ihrerseits neu begründet die Preisstreifen, die Verordnung gegen verbotene Ausfuhr von Gegenständen, die Verordnung über Kontingenzen, die Verordnung über den Verkehr mit Fleisch, die Verordnung über Notstandsversorgung, die Verordnung über Preisprüfungsstellen, die Verordnung über Auskunftspläne sowie die Wuchergerichtsverordnungen. Es handelt sich da um Verordnungen, die ger durch ihren materiellen Gehalt als vielmehr die Art, wie die Behörden diese Verordnungen durchführten, eine unerträgliche Belästigung des Kleinbesitzes und des Kleinhandels mit sich brachten. Sie können fallen und die zu ihrer Durchführung gebrauchten Beamten können aufgelöst werden, ohne daß irgendjemand ihnen nachtrauern würde. Mit diesem Antrag haben sich die Demokraten für die freie Wirtschaft eingesetzt, und es ist zu erwarten, daß die Wirtschaft nach und nach erkennt, daß nur die Deutsche Demokratische Partei den Willen hat, wirklich Ernst zu machen mit dem so oft von den Parteien verkündeten Bekenntnis zur freien Wirtschaft. Das wird sich namentlich bei den Außenhandelsfragen zeigen müssen. Und wenn auch trotz ihrer Bedeutung für das Handwerk nicht der Ort ist, auf diese Fragen näher einzugehen, so wird man doch auch auf diesem Gebiete den übrigen bürgerlichen Parteien kaum allzu große Anstrengungen im Sinne einer liberalen Wirtschaftspolitik zutrauen dürfen.

Der Antrag der Demokraten auf Errichtung eines Staatssekretariats für Handwerker im Reichswirtschaftsministerium entspricht einer alten Forderung des Handwerks, der man, nachdem die finanziellen Schwierigkeiten einigermaßen behoben sind, jetzt endlich einmal nach nachkommen müssen. Die weitergehende geforderte baldige Vorlegung eines Verbindungsgesetzentwurfes verlangt, daß Behördenwillkür durch gesetzliche Ordnung auf einem Gebiete kampfend wird, wo sie unter Umständen für den schwer kämpfenden Mittelstand besonders hart werden dürfte. Es wird dann weiter die Schaffung einer Nachtragsvermittlungstelle gefordert, die der Beteiligung des deutschen Handwerks bei der Beregung von Reparationslieferungen dienen soll. Auch da handelt es sich um eine von der demokratischen Reichstagsfraktion schon öfter gegebene Anregung.

Der schwierigen Kreditlage des deutschen Handwerks will ein Antrag entgegenkommen, der einen langfristigen billigen Kredit für die Handwerker genossenschaftlichen fordert. Wenn hier ein Regierungskredit verlangt wird, so gründet sich diese Forderung auf die nicht immer günstigen Erfahrungen des Handwerks im Verkehr mit den Banken. Denn es gibt zweifellos einen gewissen Kreditmangel, unter dem der normale Handwerker kaum

Gegen den Bürgerblock in Preußen

Die entscheidende Sitzung des Zentrums.

Berlin, 25. Jan. Der Reichsparteivorstand der Zentrumspartei, die Vorsitzende der Reichs- und Landtagsfraktionen des Zentrums, sowie die Vorsitzenden und Generalsekretäre der Landes- und Provinzialverbände der Zentrumspartei haben sich in eingehender Beratung unter dem Vorsitz des früheren Reichskanzlers Dr. Marx mit der politischen Lage und mit Parteiangelegenheiten beschäftigt. In einer einstimmig angenommenen Entscheidung wurde die Stellungnahme der Versammlung zur Regierungserklärung im Reich festgelegt und die vom Vorsitzenden der Zentrumsfraktion im Reichstag abgegebene Erklärung zur Bildung des Kabinetts Luther gebilligt.

Die Versammlung hat weiter von den Maßnahmen Kenntnis genommen, die die Reichstagsfraktion getroffen hat, um die mit dem Darmat-Konzern zusammenhängenden Angelegenheiten zu klären. Auch diese Maßnahmen fanden Zustimmung.

Ueber die Sitzung des Reichsparteivorstandes des Zentrums, die am Freitag und Sonnabend in Berlin in Anwesenheit von etwa 50 Mitgliebern tagte, erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Neben den Abgeordneten Heinenbach und Marx legte auch Abgeordneter Dr. Wirth seinen Standpunkt nochmals dar. Die Regierungsbildung in Preußen wurde nur in privater Aussprache gestreift. Allerdings wurde von maßgebenden Abgeordneten des preußischen Landtages der Standpunkt vertreten, daß die Fraktion auch bei der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten am Freitag ihre eingenommene ablehnende Haltung gegenüber den Vorschlägen der Rechtsparteien nicht aufgeben könne. Selbst die unter Führung des Abgeordneten Herold stehende alte, aus landwirtschaftlichen Kreisen sich zusammensetzende Opposition, die noch bei der Fraktionsabstimmung über die Wahl des sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Bartels 88 Stimmen aufgebracht hatte, glaubt sich von der Mehrheit der Fraktion in der Frage der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten nicht trennen zu können. Immerhin ist aber Aussicht vorhanden, daß bei klarem Entgegenkommen der Rechtsparteien sich aus diesen Kreisen noch einige Abgeordnete der Opposition anschließen werden.

Berlin, 26. Jan. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die preußische Zentrumsfraktion den bisherigen Anschluß nach links beibehalten werde, aber besonderen Wert auf die Befehung des Ministerpräsidentenpostens durch einen Zentrumsmann lege. In Zentrumskreisen werde angenommen, daß die Weimarer Koalition unter einem dem Zentrum angehörenden Ministerpräsidenten Aussicht auf Bestand und Regierungsfähigkeit habe. Ueber die Befehung des Kabinettes im einzelnen seien die Verhandlungen noch im Gange.

Stresemann der Zerführer der Preußen-Koalition.

Berlin, 25. Jan. Ein Berliner Montagblatt stellt fest, daß an der Regierungskrise in Preußen Dr. Stresemann die Mitverantwortung trage. Vor der entscheidenden Landtagsitzung habe eine Fraktionsitzung der Deutschen Volkspartei stattgefunden, an der auch Stresemann und Scholz teilnahmen. Das Dolingen Stresemanns nach Zerführung der großen Koalition habe in der Versamm-

lung den Ausschlag gegeben. Der ehemalige Minister v. Richter habe Stresemann in ehelicher Empörung zugerufen: „Sie wollen uns in Preußen nur deshalb aus der Koalition stoßen, damit Sie, Herr Minister, im Reichskabinett bleiben können.“ Der Einfluß Stresemanns sei auch augenblicklich noch so stark, daß die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei unter Verleugnung ihrer Koalitionsübergangigkeit auch weiterhin in der Opposition verharren werde.

Am Freitag Wahl des preußischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 24. Jan. Der Vorkonferenzschuß des preußischen Landtages beschloß heute nach einstündiger Sitzung, die nächste Vollsitzung des preußischen Landtages am Freitag den 30. Januar nachmittags 2 Uhr abzuhalten. Auf der Tagesordnung steht nur die Wahl des Ministerpräsidenten. Die in der Freitagssitzung entstandenen Zweifel über die Auslegung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Abstimmungsergebnisse soll vom Geschäftsausschuß geprüft werden.

Was geht in Polen vor?

Berlin, 25. Jan. Zu den aus Polen und den deutsch-polnischen Grenzgebieten vorliegenden Nachrichten über polnische Vorbereitungen zu einer Mobilisierung konnte an amtlicher Stelle bisher noch keine Aufklärung erlangt werden. Jedoch hält man diese Nachrichten in unterrichteten politischen Kreisen nicht für unbegründet. Schon seit einigen Tagen wurden Meldungen bekannt, die über ähnliche Vorgänge in Polen berichteten. Selbstverständlich werden diese Dinge von den zuständigen deutschen Stellen mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt, und es ist wohl anzunehmen, daß auch der offizielle Apparat dazu benutzt werden dürfte, um Aufklärungen von der Warschauer Regierung zu erlangen.

Rundgebung für Großdeutschland in Hamburg.

Hamburg, 25. Jan. Am Sonntag fand in Hamburg eine Rundgebung für Groß-Deutschland unter Einfluß Deutsch-Oesterreichs statt. Der Hauptredner, Freiherr von Richthofen, hob hervor, daß wir zwar jetzt eine deutsche Republik hätten, aber unser Ziel müsse ein geeintes Groß-Deutschland sein. Das Deutschlandlied beendete die begeisterte Rundgebung.

Die Unterdrückung des Deutschtums in Tirol.

Berlin, 25. Jan. Die „Montagspost“ meldet aus Innsbruck: Die Italiener haben in Auer, einer dörflich deutschen Gemeinde in Südtirol, einen von deutschen Eltern, deren Kinder die italienische Schule regelmäßig besuchen, eingerichteten deutschen Sprachkursus gewaltsam schließen lassen. Ferner wurde in Sillian ein deutscher Kinderhort und in Innichen eine deutsche Kinderspielschule gewaltsam geschlossen.

Freispruch im Oberland-Prozess.

München, 24. Jan. In dem Prozeß „Oberland“ wurden sämtliche Angeklagten freigesprochen. Die Kosten wurden der Staatskasse überbürdet.